

Gesetzentwurf **der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25./29. Januar 1979
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Europäischen Weltraumorganisation
über die Anwendung des Artikels 20 des Protokolls vom 31. Oktober 1963
über die Vorrechte und Befreiungen der Organisation**

A. Zielsetzung

Das Abkommen regelt die Beziehungen der Europäischen Weltraumorganisation (EWO) und ihrer in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten Bediensteten zum deutschen System der Sozialen Sicherheit.

B. Lösung

Die EWO hat für ihre Bediensteten ein eigenes System der sozialen Sicherheit. Das Abkommen sieht daher in Übereinstimmung mit den internationalen Gepflogenheiten über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an internationale Organisationen grundsätzlich vor, daß für die Bediensteten keine obligatorische Zugehörigkeit zum deutschen System der sozialen Sicherheit besteht. Im Bereich der Rentenversicherung besteht in bestimmten Fällen ein Wahlrecht zugunsten der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung. Ferner bestehen bestimmte Möglichkeiten zur Nachentrichtung freiwilliger Beiträge in der deutschen Rentenversicherung auf einer kostengerechten Grundlage. Durch das Abkommen wird der Rechtszustand in Anlehnung an die bisherige Praxis bereinigt.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

14 (43) — 806 06 — Eu 4/79

Bonn, den 10. Dezember 1979

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25./29. Januar 1979 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Weltraumorganisation über die Anwendung des Artikels 20 des Protokolls vom 31. Oktober 1963 über die Vorrechte und Befreiungen der Organisation mit Begründung.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher, englischer und französischer Sprache und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 480. Sitzung am 30. November 1979 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25./29. Januar 1979
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Europäischen Weltraumorganisation
über die Anwendung des Artikels 20 des Protokolls vom 31. Oktober 1963
über die Vorrechte und Befreiungen der Organisation**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Paris am 25./29. Januar 1979 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Weltraumorganisation über die Anwendung des Artikels 20 des Protokolls vom 31. Oktober 1963 über die Vorrechte und Befreiungen der Organisation (BGBl. 1965 II S. 1353) wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Das Abkommen soll auch im Land Berlin gelten; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Europäischen Weltraumorganisation
über die Anwendung des Artikels 20
des Protokolls vom 31. Oktober 1963
über die Vorrechte und Befreiungen der Organisation

Agreement
Between the Government of the Federal Republic of Germany
and the European Space Agency
on the Application of Article 20
of the Protocol of 31 October 1963
on Privileges and Immunities of the Agency

Accord
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et l'Agence spatiale européenne,
concernant l'application de l'Article 20
du Protocole sur les Privilèges et Immunités de l'Agence
en date du 31 octobre 1963

Die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
und
die Europäische Weltraumforschungs-
Organisation,
die ihre Tätigkeit seit dem 31. Mai
1975 unter dem Namen Europäische
Weltraumorganisation ausübt und im
folgenden als „Organisation“
bezeichnet wird —

The Government
of the Federal Republic of Germany
and
the European Space Research
Organisation,
conducting its activities since 31 May
1975 under the name of European
Space Agency and hereinafter
referred to as "the Agency",

Le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne
et
l'Organisation européenne
de Recherches spatiales,
conduisant ses activités depuis le
31 mai 1975 sous le nom d'Agence
spatiale européenne et ci-après
dénommée «l'Agence»,

IN DER ERWAGUNG, daß nach Artikel 20 des Protokolls vom 31. Oktober 1963 über die Vorrechte und Befreiungen der Organisation die Organisation, der Generaldirektor und die Mitglieder des Personals der Organisation von sämtlichen Pflichtbeiträgen an staatliche Sozialversicherungsträger befreit sind, sofern die Organisation ein eigenes Sozialversicherungssystem einrichtet,

IN DER ERWAGUNG, daß hierüber mit den Mitgliedstaaten Abkommen nach Artikel 30 des Protokolls geschlossen werden können,

IM HINBLICK auf den Beschluß des Rates der Organisation vom 29. Juli 1964 über die Einführung eines eigenen Sozialversicherungssystems der Organisation mit Wirkung vom 15. Juni 1964 und die bevorstehende Einführung eines Pensionssystems der koordinierten Organisationen —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

(1) Dieses Abkommen findet Anwendung auf Bedienstete — auch

CONSIDERING that under Article 20 of the Protocol on Privileges and Immunities of the Agency, dated 31 October 1963, the Agency, its Director General and staff members shall be exempt from all compulsory contributions to national social security organs in the event that it establishes its own social security system,

CONSIDERING that agreements to this effect may be concluded with Member States under Article 30 of the Protocol,

HAVING REGARD to the decision of 29 July 1964 by the Council of the Agency concerning the establishment of a social security system of the Agency with effect from 15 June 1964, and the impending introduction of a pension scheme for the Coordinated Organisations,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

1. Unless otherwise provided herein, this Agreement shall apply to staff

CONSIDÉRANT qu'en vertu de l'article 20 du Protocole sur les Privilèges et Immunités de l'Agence en date du 31 octobre 1963, l'Agence, son Directeur général et les membres de son personnel sont exempts de toutes contributions obligatoires à des organismes nationaux de prévoyance sociale, au cas où elle établirait elle-même un système de prévoyance sociale,

CONSIDÉRANT que des accords peuvent être conclus à ce sujet avec les Etats membres en application de l'article 30 du Protocole,

VU la décision du Conseil de l'Agence en date du 29 juillet 1964 relative à l'établissement d'un système propre de prévoyance sociale de l'Agence prenant effet le 15 juin 1964 et l'instauration imminente d'un régime de pensions des Organisations coordonnées,

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

Article premier

1. Le présent Accord s'applique, sauf dispositions contraires, aux

wenn sie nicht deutsche Staatsangehörige sind —, auf die Artikel XI des Übereinkommens vom 14. Juni 1962 zur Gründung einer Europäischen Weltraumforschungs-Organisation und die Vorschriften der Personalordnung der Organisation anzuwenden sind und die im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt werden, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt.

(2) Dieses Abkommen findet, soweit es nichts anderes bestimmt, keine Anwendung auf Bedienstete, auf die die Personalordnung der Organisation ganz oder teilweise nicht anzuwenden ist. Diese Personen unterliegen, wenn sie im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt werden, den deutschen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit.

(3) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, erfüllt die Organisation die darin vorgesehenen Arbeitgeberpflichten.

Artikel 2

Auf die Bediensteten der Organisation finden aufgrund dieser Beschäftigung die deutschen Rechtsvorschriften über die Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung und die hierzu subsidiären Rechtsvorschriften sowie die deutschen Rechtsvorschriften über die Pflichtversicherung in der gesetzlichen Unfallversicherung keine Anwendung.

Artikel 3

(1) Auf die Bediensteten der Organisation finden aufgrund dieser Beschäftigung die deutschen Rechtsvorschriften über die Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung keine Anwendung. Ein Bediensteter, der dem Pensionssystem der koordinierten Organisationen nicht angehört, kann gegenüber der Organisation erklären, daß er den deutschen Rechtsvorschriften über die Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung unterliegen will. Dies gilt auch für Bedienstete, die dem Pensionssystem der koordinierten Organisationen angehören, für die vor dessen Einführung liegende Zeit, in der ihre Zugehörigkeit zum Versorgungsfonds der Organisation aufrechterhalten bleibt. Mit Eingang der Erklärung finden die deutschen Rechtsvorschriften Anwendung. Die Erklärung gilt für die Dauer des Dienstvertrages; sie kann nicht widerrufen werden.

(2) Die Erklärung des Bediensteten gemäß Absatz 1 muß binnen sechs Monaten nach dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens nach Artikel 15 Satz 1 abgegeben werden. Wird der Dienstvertrag nach diesem Tag

members, including non-German nationals, governed by Article XI of the Convention of 14 June 1962 for the Establishment of a European Space Research Organisation and the Staff Regulations of the Agency, and who are employed in the territory of the Federal Republic of Germany.

2. Unless otherwise provided herein, this Agreement shall not apply to staff members to whom the Staff Regulations of the Agency do not apply, either in whole or in part. Where such persons are employed in the territory of the Federal Republic of Germany they shall be subject to German social security legislation.

3. In so far as German legislation is applicable, the Agency shall fulfil the employer's obligations laid down by such legislation.

Article 2

The German legislation governing compulsory insurance under the statutory health insurance scheme and the relevant subsidiary legislation as well as the German legislation governing compulsory insurance under the statutory accident insurance scheme shall, by virtue of their employment with the Agency, not apply to staff members of the Agency.

Article 3

1. The German legislation governing compulsory insurance under the statutory pension scheme shall, by virtue of their employment with the Agency, not apply to staff members of the Agency. A staff member who is not a member of the pension scheme of the Coordinated Organisations may declare to the Agency that he wishes to opt for the application of the provisions of German legislation regarding compulsory insurance under the statutory pension scheme. This shall also apply to staff members who are members of the pension scheme of the Coordinated Organisations, for the period prior to the scheme's introduction during which they remain members of the Provident Fund. The German legislation shall apply from the date of receipt of the declaration. The declaration shall be effective for the duration of the employment contract with the Agency; it may not be revoked.

2. The staff member's declaration pursuant to paragraph 1 above shall be made within six months from the date of entry into force of this Agreement pursuant to Article 15, first sentence. If the employment contract is

agents auxquels s'appliquent l'article XI de la Convention du 14 juin 1962 portant création d'une Organisation européenne de Recherches spatiales et les dispositions du Statut du Personnel de l'Agence et qui sont employés sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, même s'ils n'ont pas la qualité de ressortissant allemand.

2. Le présent Accord ne s'applique pas, sauf dispositions contraires, aux agents auxquels le Statut du Personnel de l'Agence n'est pas applicable en totalité ou en partie. Ces personnes sont assujetties aux dispositions de la législation allemande relatives à la sécurité sociale, si elles sont employées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

3. Dans les cas où les dispositions de la législation allemande sont applicables, l'Agence doit s'acquitter des obligations qu'elle impose aux employeurs.

Article 2

Les dispositions de la législation allemande relatives à l'affiliation obligatoire à l'assurance-maladie légale et les dispositions subsidiaires s'y rapportant, ainsi que les dispositions de la législation allemande relatives à l'affiliation obligatoire à l'assurance-accidents légale, ne s'appliquent pas aux agents de l'Agence du fait même qu'ils sont au service de celle-ci.

Article 3

1. Les dispositions de la législation allemande relatives à l'affiliation obligatoire à l'assurance invalidité-vieillesse légale ne s'appliquent pas aux agents de l'Agence du fait même qu'ils sont au service de celle-ci. Les agents non affiliés au régime de pension des Organisations coordonnées peuvent déclarer à l'Agence qu'ils veulent être assujettis aux dispositions de la législation allemande relatives à l'affiliation obligatoire à l'assurance invalidité-vieillesse légale. Il en est de même des agents affiliés au régime de pension des Organisations coordonnées pour la période, antérieure à l'établissement de ce dernier, et pour laquelle ils demeurent inscrits au Fonds de Prévoyance de l'Agence. Les dispositions de la législation allemande prennent effet lors de la réception de la déclaration. La déclaration vaut pour la durée du contrat de travail; elle ne peut être révoquée.

2. La déclaration faite par un agent conformément au paragraphe 1 doit être remise dans un délai de six mois à compter de la date de l'entrée en vigueur du présent Accord conformément à la première phrase de l'article 15.

geschlossen, so muß die Erklärung binnen sechs Monaten nach Abschluß des Dienstvertrages im Sinne der Bestimmungen der Personalordnung der Organisation abgegeben werden. Sie wirkt auf den 14. Juni 1962 oder, wenn dieser Tag später liegt, auf den Tag des Beginns des Dienstverhältnisses zurück. Der Bedienstete kann mit Abgabe der Erklärung auch einen Tag bestimmen, der zwischen dem in Satz 3 genannten Zeitpunkt und dem Tag des Eingangs der Erklärung liegt.

(3) Die Organisation trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß in den Fällen des Absatzes 1 Satz 4 das persönliche Guthaben des Bediensteten beim Versorgungsfonds der Organisation für die Aufwendungen, die ihm durch die Pflichtversicherung in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung entstehen oder entstanden sind, verwendet wird, wenn es der Bedienstete beantragt.

(4) Pflichtbeiträge werden erst für die Zeit nach Inkrafttreten des Abkommens nach Artikel 15 Satz 1 eingezogen. Soweit vor Inkrafttreten des Abkommens nach Artikel 15 Satz 1 Pflichtbeiträge für Zeiten entrichtet worden sind, in denen aufgrund einer Erklärung nach Absatz 1 Sätze 2 bis 5 des vorliegenden Artikels Versicherungspflicht besteht, hat es dabei sein Bewenden. Eine Nachentrichtung von Pflichtbeiträgen ist auch für die in Satz 2 genannten Zeiten zulässig, jedoch nur innerhalb von zwei Jahren nach Schluß des Kalenderjahres, in dem das Abkommen nach Artikel 15 Satz 1 in Kraft tritt.

(5) Bedienstete, die aufgrund einer Erklärung nach Absatz 1 Sätze 2 bis 5 den deutschen Rechtsvorschriften über die Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung unterliegen, können abweichend von den gesetzlichen Nachentrichtungsfristen freiwillige Beiträge zur deutschen gesetzlichen Rentenversicherung für Zeiten der Beschäftigung bei der Organisation vom 14. Juni 1962 bis zum Tag des Inkrafttretens des Abkommens nach Artikel 15 Satz 1 nachentrichten, soweit diese Zeiten nicht bereits mit Beiträgen belegt sind. Die Beiträge können nur bis zum Ablauf von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens nach Artikel 15 Satz 1 nachentrichtet werden. Sie sind an den Träger des Versicherungszweiges zu zahlen, in dem der Bedienstete zuletzt Beiträge entrichtet hat. Sind zuletzt Beiträge zur knappschaftlichen

concluded after this date, the declaration shall be made within six months from conclusion of the employment contract in accordance with the provisions of the Staff Regulations of the Agency. It shall take effect retroactively from 14 June 1962 or from the day on which the staff member takes up his appointment, whichever is the later. When making the declaration the staff member may also specify a day in the interval between the date indicated in the third sentence of this paragraph and the day of the receipt of the declaration.

3. The Agency shall take the necessary measures to ensure that in cases covered by the fourth sentence of paragraph 1 above a staff member's holding in the Provident Fund of the Agency may, at his request, be used to cover costs which arise or have arisen in connection with his compulsory insurance under the German statutory pension scheme.

4. Compulsory contributions shall be collected only in respect of the period following the entry into force of the Agreement pursuant to Article 15, first sentence. Where, prior to the entry into force of the Agreement pursuant to Article 15, first sentence, compulsory contributions have been paid for periods subject to compulsory insurance on the basis of a declaration under paragraph 1, second to fifth sentences, of the present Article, such contributions shall not be refunded. The retroactive payment of compulsory contributions shall also be possible for periods specified in the second sentence but only within two years from the end of the calendar year in which the Agreement enters into force pursuant to Article 15, first sentence.

5. In derogation of the statutory period allowed for the retroactive payment of contributions, staff members who, on the basis of a declaration under paragraph 1, second to fifth sentences, are subject to the German laws and regulations governing compulsory insurance under the statutory pension scheme, may on a voluntary basis retroactively pay contributions to the German statutory pension scheme for periods of employment with the Agency between 14 June 1962 and the day of entry into force of the Agreement pursuant to Article 15, first sentence, provided that contributions have not been previously paid for the periods in question. The retroactive payment of contributions shall only be possible within two years from the entry into force of the Agreement pursuant to Article 15, first sentence. Contributions shall be

Si le contrat de travail est conclu postérieurement à cette date, la déclaration doit être remise dans un délai de six mois à compter de la conclusion du contrat de travail au sens des dispositions du Statut du Personnel de l'Agence. Elle prend effet rétroactivement au 14 juin 1962 ou au jour de la prise de fonctions si ce jour est postérieur à la date précitée. En remettant sa déclaration, l'agent peut également indiquer un jour qui se situe entre l'époque visée à la troisième phrase et le jour de la réception de la déclaration.

3. L'Agence prend les mesures nécessaires pour que, dans les cas visés à la 4^{ème} phrase du paragraphe 1, l'avoir inscrit au compte personnel de tout agent auprès du Fonds de Prévoyance de l'Agence puisse être utilisé, à sa demande, afin de couvrir les dépenses résultant ou ayant résulté de son affiliation obligatoire à l'assurance invalidité-vieillesse légale allemande.

4. Les cotisations obligatoires ne seront recouvrées que pour la période suivant l'entrée en vigueur du présent Accord conformément à la première phrase de l'article 15. Lorsque des cotisations obligatoires auront été versées avant l'entrée en vigueur du présent Accord conformément à la première phrase de l'article 15 pour des périodes couvertes par l'assujettissement obligatoire en vertu d'une déclaration visée aux phrases 2 à 5 du paragraphe 1 du présent article, elles ne seront pas remboursées. Le rachat des cotisations obligatoires est également admis pour les périodes visées à la phrase 2 du présent paragraphe, mais seulement dans un délai de deux ans à compter de la fin de l'année civile pendant laquelle le présent Accord est entré en vigueur conformément à la première phrase de l'article 15.

5. Les agents qui, en vertu d'une déclaration visée aux phrases 2 à 5 du paragraphe 1 du présent article, seront soumis aux dispositions législatives et réglementaires allemandes relatives à l'assujettissement obligatoire à l'assurance invalidité-vieillesse légale pourront, par dérogation aux délais de rachat prévus par la législation, verser avec effet rétroactif des cotisations volontaires à l'assurance invalidité-vieillesse légale allemande pour des périodes d'emploi accomplies auprès de l'Agence entre le 14 juin 1962 et la date d'entrée en vigueur du présent Accord conformément à la première phrase de l'article 15 à condition que des cotisations n'aient pas déjà été versées pour lesdites périodes. Les cotisations ne pourront être versées avec effet rétroactif que dans les deux ans suivant l'entrée en vigueur du présent Accord conformément à la

Rentenversicherung entrichtet oder sind noch keine Beiträge entrichtet worden, so sind sie an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte zu zahlen. Bei der Errechnung der für den Versicherten maßgebenden Rentenbemessungsgrundlage sind die Werte des Jahres, in dem die Beiträge entrichtet wurden, zugrunde zu legen. Für die Nachentrichtung der Beiträge können die auf dem Konto des Bediensteten bei dem Versorgungsfonds angesammelten Mittel verwendet werden.

(6) Beiträge zur Pflichtversicherung in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung, die bis zum Tag des Inkrafttretens des Abkommens nach Artikel 15 Satz 1 für einen Zeitraum entrichtet worden sind, für den eine Pflichtversicherung aufgrund des Absatzes 1 Satz 1 des vorliegenden Artikels nicht besteht, sind unwirksam und können nach Maßgabe der deutschen Rechtsvorschriften binnen vier Jahren nach dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens nach Artikel 15 Satz 1 zurückgefordert werden; andernfalls gelten sie als für die freiwillige Versicherung entrichtet, wenn das Recht dazu in der Zeit der Entrichtung bestand.

(7) Der Bedienstete wird bei Abschluß des Dienstvertrages schriftlich durch die Organisation auf die Wahlmöglichkeit nach Absatz 1 und den Inhalt der Absätze 2 bis 6 hingewiesen. Dies gilt entsprechend für die Bediensteten, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens nach Artikel 15 Satz 1 in einem Dienstverhältnis stehen.

Artikel 4

(1) Soweit Bedienstete der Organisation von dieser außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt werden, richtet sich die Anwendung des Artikels 3 über die Versicherungspflicht in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung nach den für die Bundesrepublik Deutschland geltenden innerstaatlichen, überstaatlichen und zwischenstaatlichen Rechtsvorschriften.

(2) Die Bediensteten der Organisation können, auch wenn sie nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, unter den Voraussetzungen und nach Maß-

payable to the carrier of the insurance branch under which contributions have last been paid by the staff member. Where contributions have last been paid to the Miner's Pension Insurance or where no contributions have been previously paid, payments shall be made to the Federal Insurance Office for Salaried Employees. The pension computation base applicable in respect of the insured person shall be determined on the basis of the figures for the year in which the contributions were paid. The funds accumulated on the staff member's account with the Provident Fund may be used for the retroactive payment of contributions.

6. Compulsory contributions to the German statutory pension scheme paid up to the day of entry into force of the Agreement pursuant to Article 15, first sentence, in respect of a period which was not covered by compulsory insurance under paragraph 1, first sentence, of the present Article, shall be inoperative and may be reclaimed in accordance with the German laws and regulations within four years from the day of entry into force of the Agreement pursuant to Article 15, first sentence; they shall otherwise be deemed voluntary insurance contributions, provided that the right to voluntary insurance existed at the time of payment.

7. On conclusion of the employment contract, the Agency shall inform the staff member in writing of the option provided for in paragraph 1 and of the provisions contained in paragraphs 2 to 6. This provision shall apply *mutatis mutandis* to staff members already under an employment contract on the day of entry into force of this Agreement pursuant to Article 15, first sentence.

Article 4

1. Where staff members of the Agency are employed by it outside the territory of the Federal Republic of Germany, the application of Article 3 relating to compulsory insurance under the German statutory pension scheme shall be governed by the national, international and supranational law in force in the Federal Republic of Germany.

2. Staff members of the Agency may pay voluntary contributions to the German statutory pension scheme subject to the conditions of and in accordance with the provisions of German legislation and of supra-

première phrase de l'article 15. Elles seront versées à l'organisme de la branche d'assurance au titre de laquelle l'agent a versé en dernier lieu des cotisations. Si des cotisations ont été versées en dernier lieu à l'assurance invalidité-vieillesse des mineurs ou si des cotisations n'ont pas encore été versées, elles seront payées à l'Office fédéral d'assurance des employés. La détermination de la base servant au calcul de la pension ou rente et applicable à l'assuré intéressé sera basée sur les valeurs de l'année pendant laquelle les cotisations ont été versées. Les sommes accumulées au compte individuel de l'agent auprès de la caisse de prévoyance pourront être utilisées pour le rachat des cotisations.

6. Les cotisations obligatoires versées à l'assurance invalidité-vieillesse légale allemande avant la date d'entrée en vigueur du présent Accord conformément à la première phrase de l'article 15 pour une période qui n'est pas couverte par l'assujettissement obligatoire conformément à la première phrase du paragraphe 1 du présent article, seront sans effet et pourront être récupérées conformément aux dispositions législatives et réglementaires allemandes dans les quatre ans suivant la date d'entrée en vigueur du présent Accord conformément à la première phrase de l'article 15; sinon, ces cotisations seront considérées comme ayant été versées au titre de l'assurance volontaire à condition que l'intéressé ait eu droit à l'assurance volontaire à la date de leur versement.

7. Lors de la conclusion du contrat de travail, l'agent sera informé par écrit par l'Agence de l'option prévue au paragraphe 1 et des dispositions des paragraphes 2 à 6 du présent article. Ceci s'appliquera par analogie au personnel sous contrat à la date d'entrée en vigueur du présent Accord conformément à la première phrase de l'article 15.

Article 4

1. Pour les agents que l'Agence emploie en dehors du territoire de la République fédérale d'Allemagne, l'application de l'article 3 relatif à l'affiliation obligatoire au régime légal d'assurance invalidité-vieillesse allemand est réglée par les dispositions de droit national, supranational et international en vigueur pour la République fédérale d'Allemagne.

2. Les agents de l'Agence ont la faculté, même s'ils n'ont pas leur domicile ou leur résidence habituelle sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, de cotiser volontairement au régime légal d'assurance in-

gabe der deutschen Rechtsvorschriften sowie der für die Bundesrepublik Deutschland geltenden überstaatlichen und zwischenstaatlichen Rechtsvorschriften freiwillige Beiträge zur deutschen gesetzlichen Rentenversicherung entrichten.

Artikel 5

Auf die Bediensteten der Organisation finden aufgrund dieser Beschäftigung die deutschen Rechtsvorschriften über die Beitrags- und Umlagepflicht nach dem Arbeitsförderungsgesetz keine Anwendung.

Artikel 6

Auf die Bediensteten der Organisation finden die deutschen Rechtsvorschriften über Familienbeihilfen keine Anwendung.

Artikel 7

Ein nichtdeutscher Bediensteter der Organisation wird, auch wenn es sich um einen in Artikel 1 Absatz 2 des Abkommens bezeichneten Bediensteten handelt, einem deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt

- a) für die Gewährung von Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung aufgrund von Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten), die während einer Beschäftigung bei der Organisation eingetreten sind, und
- b) für die Gewährung von Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, soweit sie auf Versicherungszeiten beruhen, die während einer versicherungspflichtigen Beschäftigung bei der Organisation oder aufgrund einer freiwilligen Versicherung während einer Beschäftigung bei der Organisation zurückgelegt sind.

Satz 1 gilt auch für die nichtdeutschen Hinterbliebenen eines in Artikel 1 Absätze 1 und 2 bezeichneten Bediensteten.

Artikel 8

(1) Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und zur gesetzlichen Unfallversicherung sowie Beiträge und Umlagen nach dem Arbeitsförderungsgesetz für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens gemäß Artikel 15 Satz 1 werden nicht nachentrichtet. Soweit sie bereits vor diesem Zeitpunkt entrichtet worden sind, hat es dabei sein Bewenden.

national and international law which apply in the Federal Republic of Germany, even if such staff members do not have their domicile or ordinary residence in the territory of the Federal Republic of Germany.

Article 5

The German legislation relating to compulsory contributions and levies under the Employment Promotion Law ("Arbeitsförderungsgesetz") shall, by virtue of their employment with the Agency, not apply to staff members of the Agency.

Article 6

The German legislation relating to family allowances shall not apply to staff members of the Agency.

Article 7

A non-German staff member of the Agency, even if he belongs to the category referred to in Article 1, paragraph 2, of this Agreement, shall receive the same treatment as a German national:

- a) for the purpose of benefits under the statutory accident insurance scheme for industrial injuries (occupational diseases) occurring during employment with the Agency, and
- b) for the purpose of benefits to be granted under the statutory pension scheme, provided these relate to periods of employment with the Agency covered by compulsory insurance or by voluntary insurance contributions.

The first sentence shall also apply to the non-German survivors of a staff member as defined in Article 1, paragraphs 1 and 2.

Article 8

1. Compulsory contributions to the statutory national health insurance and statutory accident insurance schemes, as well as contributions and levies under the Employment Promotion Law ("Arbeitsförderungsgesetz"), may not be paid retroactively in respect of the period prior to the entry into force of the Agreement in accordance with the first sentence of Article 15. Where such contributions have already been paid prior to that date, they shall remain unaffected.

validité-vieillesse allemand dans les conditions et selon les modalités prévues par les dispositions de la législation allemande ainsi que par les dispositions de droit supranational et international en vigueur pour la République fédérale d'Allemagne.

Article 5

Les dispositions de la législation allemande relatives aux cotisations et prélèvements obligatoires prévus par la loi sur la promotion de l'emploi («Arbeitsförderungsgesetz») ne s'appliquent pas aux agents de l'Agence du fait même qu'ils sont à son service.

Article 6

Les dispositions de la législation allemande relatives aux allocations familiales ne s'appliquent pas aux agents de l'Agence.

Article 7

Les agents non allemands de l'Agence, même s'il s'agit d'agents visés à l'article premier, paragraphe 2 du présent Accord, sont assimilés à des ressortissants allemands:

- a) pour l'octroi de prestations au titre de l'assurance-accidents légale à la suite d'accidents du travail (maladies professionnelles) survenus pendant que l'intéressé était au service de l'Agence et
- b) pour l'octroi de prestations au titre de l'assurance invalidité-vieillesse légale qui correspondent à des périodes passées au service de l'Agence et ayant donné lieu à assurance obligatoire ou volontaire.

La première phrase s'appliquera également aux ayants droit des agents visés aux paragraphes 1 et 2 de l'article premier, qui ne sont pas de nationalité allemande.

Article 8

1. Les cotisations obligatoires à l'assurance-maladie légale et à l'assurance-accidents légale, ainsi que les cotisations et contributions versées en application de la loi sur la promotion de l'emploi («Arbeitsförderungsgesetz»), ne peuvent être rachetées pour la période antérieure à l'entrée en vigueur du présent Accord en application de l'article 15, première phrase. Celles qui ont été versées antérieurement à cette date restent acquises.

(2) Ist das Dienstverhältnis bei der Organisation beendet und sind für die Zeit nach der Beendigung für denselben Krankheitsfall oder Arbeitsunfall oder dieselbe Berufskrankheit, die während des Dienstverhältnisses eingetreten sind,

- a) sowohl Leistungen aus einer nach der Personalordnung der Organisation vorgesehenen Versicherung als auch
- b) Leistungen aus der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung oder deutschen gesetzlichen Unfallversicherung zu gewähren,

so gehen die Leistungen aus der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung oder Unfallversicherung vor.

2. Where the contractual relationship of a staff member with the Agency has ended and where after such termination benefits for the same case of illness, occupational accident or occupational disease sustained during such employment are payable under both

- a) the insurance provisions of the Staff Regulations of the Agency and
- b) the German statutory national health insurance or accident insurance scheme,

the benefits under the German statutory national health insurance or accident insurance scheme shall take precedence.

2. Si le contrat de travail avec l'Agence a pris fin et que, postérieurement à son expiration,

- a) des prestations au titre d'une assurance prévue par le Statut du Personnel de l'Agence et
- b) des prestations au titre de l'assurance-maladie ou de l'assurance-accidents légale allemande

doivent être versées pour une même maladie, un même accident de travail ou une même maladie professionnelle survenus pendant le temps dudit contrat, les prestations au titre de l'assurance-maladie ou de l'assurance-accidents légale allemande sont accordées par priorité.

Artikel 9

Beeinträchtigt dieses Abkommen die berechtigten Interessen einer Vertragspartei, so werden sich die Vertragsparteien im Verhandlungswege gemeinsam bemühen, Möglichkeiten für den Schutz dieser Interessen zu finden.

Article 9

In the event of this Agreement being prejudicial to the legitimate interests of one of the contracting Parties, the contracting Parties shall jointly endeavour to find by way of negotiation means of safeguarding these interests.

Article 9

Si le présent Accord porte préjudice aux intérêts légitimes de l'une des parties contractantes, celles-ci s'efforceront d'un commun accord de rechercher, par voie de négociation, les moyens de protéger ces intérêts.

Artikel 10

Maßnahmen zur Durchführung dieses Abkommens werden durch die zuständigen Stellen der beiden Vertragsparteien in gegenseitigem Einvernehmen festgelegt.

Article 10

Measures for the implementation of this Agreement shall be determined by mutual agreement between the competent bodies of the contracting Parties.

Article 10

Les modalités d'application du présent Accord seront fixées par entente entre les services compétents des parties contractantes.

Artikel 11

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Stellen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied stellt und beide Mitglieder sich auf einen Obmann einigen, der von den zuständigen Stellen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann

Article 11

1. Any dispute between the contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall as far as possible be settled by the competent bodies of the contracting Parties.

2. If a dispute cannot be resolved in this way, it shall be referred, at the request of either contracting Party, to an arbitration tribunal.

3. The arbitration tribunal shall be constituted ad hoc, each contracting Party designating one member, and the two members agreeing on a chairman, who shall be appointed by the competent bodies of the contracting Parties. The members shall be appointed within two months, and the chairman within three months, of the date on which one of the contracting Parties has notified the other that it intends to submit the dispute to arbitration.

4. If the time limits specified in paragraph 3 above are not observed,

Article 11

1. Tout litige entre les parties contractantes né de l'interprétation ou de l'application du présent Accord devra être réglé, dans la mesure du possible, par les services compétents des parties contractantes.

2. Si un litige ne peut être réglé de la sorte, il devra être soumis, sur demande de l'une des parties contractantes, à un tribunal d'arbitrage.

3. Le tribunal d'arbitrage sera constitué pour chaque litige, chaque partie contractante désignant un arbitre et les deux arbitres se mettant d'accord sur le nom d'un tiers-arbitre qui est ensuite nommé par les services compétents des parties contractantes. Les arbitres doivent être désignés dans un délai de deux mois et le tiers-arbitre dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle une partie contractante a notifié à l'autre son désir de soumettre le litige à arbitrage.

4. Si les délais mentionnés au paragraphe 3 ci-dessus ne sont pas respec-

in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident verhindert, so soll das im Range nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht verhindert ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Entstehen bezüglich der Bedeutung oder des Umfangs des Urteils Streitfragen, so ist es Sache des Schiedsgerichts, sein Urteil auf Antrag einer der beiden Parteien zu erläutern. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitgliedes sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmannes sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht das Verfahren selbst.

Artikel 12

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann es unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr zum Ende eines Kalenderjahres kündigen.

(2) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter; einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Artikel 13

(1) Die Bestimmungen dieses Abkommens behalten ihre Gültigkeit für den Fall, daß eine andere internationale Organisation die Rechtsnachfolge der Organisation antritt.

(2) Für Bedienstete der Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern, die im Zusammenhang mit deren Auflösung in die Organisation übernommen worden sind, gilt dieses Abkommen entsprechend.

Artikel 14

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Organisation innerhalb

either contracting Party may in the absence of any other arrangement request the President of the European Court of Human Rights to make the necessary appointments. If the President is unable to do so, the Vice-President shall make the appointments. If the Vice-President is also unable to do so, the appointments shall be made by the next most senior member of the Court not so prevented.

5. The arbitration tribunal shall adopt its decisions by a majority vote. Such decisions shall be binding. In case of a dispute as to the bearing or scope of the award, the tribunal shall explain its award at the request of either of the contracting Parties. Each contracting Party shall pay the costs of its designated member and of its representation at the arbitral proceedings. The costs of the chairman and the remaining costs shall be shared equally by the two contracting Parties. The tribunal may determine a different settlement of costs. In all other respects the tribunal shall determine its own rules of procedure.

Article 12

1. This Agreement shall be concluded for an indefinite period of time. Either of the contracting Parties may denounce it at the end of a calendar year provided it gives one year's notice to this effect.

2. In the event of this Agreement ceasing to be effective as a result of such denunciation, its provisions shall continue to apply with respect to entitlements to benefits already acquired; such entitlements shall not be affected by restrictive legal provisions concerning the exclusion of claims or the suspension or discontinuation of benefits because of residence abroad.

Article 13

1. The provisions of this Agreement shall continue to apply in the event of another international organisation succeeding to the rights and obligations of the Agency.

2. This Agreement shall apply *mutatis mutandis* to staff members of the European Organisation for the Development and Construction of Space Vehicle Launchers (ELDO) who were taken on by the Agency in connection with the dissolution of ELDO.

Article 14

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary

tés, chacune des parties contractantes pourra — à défaut de toute autre convention — prier le Président de la Cour européenne des Droits de l'Homme de procéder aux nominations nécessaires. En cas d'empêchement du Président, c'est le Vice-Président qui procédera aux nominations. Si ce dernier est également empêché, c'est le membre de la Cour du rang le plus élevé et qui n'est pas empêché qui procédera aux nominations.

5. Le tribunal d'arbitrage statue à la majorité des voix. Ses décisions sont sans appel. Si le sens ou la portée de son arrêt donne lieu à contestations, il appartiendra au tribunal d'arbitrage d'expliquer ledit arrêt à la requête de l'une des parties contractantes. Chaque partie contractante supporte les dépenses afférentes à l'arbitre qu'elle a désigné, ainsi qu'à sa représentation dans l'instance engagée devant le tribunal d'arbitrage. Les frais du tiers-arbitre et les autres dépenses sont supportés à parts égales par les parties contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut fixer un autre règlement concernant les frais. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage fixe lui-même sa procédure.

Article 12

1. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Chacune des parties contractantes peut le dénoncer à la fin d'une année civile avec un préavis d'un an.

2. Dans le cas où l'Accord cesse d'être en vigueur, à la suite d'une telle dénonciation, ses dispositions continueront d'avoir effet en ce qui concerne les droits à prestations précédemment acquis; les dispositions légales restrictives concernant la déchéance d'un droit, la suspension ou le retrait de prestations pour cause de séjour à l'étranger ne s'appliquent pas à ces droits.

Article 13

1. Les dispositions du présent Accord restent valables dans le cas où une autre organisation internationale succéderait juridiquement à l'Agence.

2. Le présent Accord s'applique par analogie aux agents de l'Organisation européenne pour la mise au point et la construction de lanceurs d'engins spatiaux qui, à la suite de la dissolution de celle-ci, ont été repris dans l'Agence.

Article 14

Le présent Accord s'applique également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Alle-

von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenseitige Erklärung abgibt.

Artikel 15

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem der Generaldirektor der Organisation von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Mitteilung erhalten hat, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland erfüllt sind. Es ist, soweit es die Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften über die gesetzliche Rentenversicherung vorsieht, rückwirkend vom 14. Juni 1962 an anzuwenden.

GESCHEHEN zu Paris am 25. Januar 1979 in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

declaration to the Agency within three months of the date of entry into force of this Agreement.

Article 15

This Agreement shall enter into force on the day on which the Director General of the Agency receives notification from the Government of the Federal Republic of Germany that the constitutional requirements have been fulfilled for the entry into force of this Agreement in the Federal Republic of Germany. In so far as this Agreement provides for the application of German legislation governing the statutory pension scheme, it shall be applicable retroactively as from 14 June 1962.

DONE in Paris on 29 January 1979 in duplicate, in the German, English and French languages, all three texts being equally authentic.

magne à l'Agence dans les trois mois qui suivent l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 15

Le présent Accord entre en vigueur à la date à laquelle le Directeur général de l'Agence aura reçu du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne notification du fait que les conditions constitutionnelles sont remplies pour l'entrée en vigueur du présent Accord sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne. Il est applicable rétroactivement à compter du 14 juin 1962 pour ce qui concerne l'application des dispositions de la législation allemande relatives à l'assurance invalidité-vieillesse légale.

FAIT à Paris le 29 janvier 1979 en double exemplaire en langues allemande, anglaise et française, les trois textes faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
Dr. Otto-Axel Herbst

Für die Europäische Weltraumorganisation
For the European Space Agency
Pour l'Agence spatiale européenne
R. Gibson

Denkschrift zum Abkommen

Das Abkommen regelt die Beziehungen der Europäischen Weltraumorganisation (EWO) und ihrer in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten Bediensteten zum deutschen System der Sozialen Sicherheit.

Die EWO hat für ihre Bediensteten ein eigenes System der Sozialen Sicherheit, das in der Personalordnung der Organisation geregelt ist. Das Abkommen sieht daher in Übereinstimmung mit den internationalen Gepflogenheiten über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an internationale Organisationen grundsätzlich vor, daß für die Bediensteten keine obligatorische Zugehörigkeit zum deutschen System der Sozialen Sicherheit besteht. Die Möglichkeit der freiwilligen Zugehörigkeit, soweit die deutschen Rechtsvorschriften diese zulassen, bleibt hiervon unberührt. Durch das Abkommen wird der Rechtszustand in Anlehnung an die bisherige Praxis bereinigt.

Artikel 1 bestimmt den Anwendungsbereich des Abkommens. Nach Absatz 1 gilt das Abkommen grundsätzlich nur für von der EWO in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte Personen, auf die die Personalordnung der Organisation anzuwenden ist, also z. B. nicht für sog. Ortskräfte.

Die Artikel 2 und 3 sowie die Artikel 5 und 6 bestimmen, daß auf die Bediensteten in bezug auf die Beschäftigung bei der EWO die deutschen Rechtsvorschriften über die Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung, Unfallversicherung und Rentenversicherung sowie über die Beitrags- und Umlagepflicht nach dem Arbeitsförderungsgesetz und über das Kindergeld keine Anwendung finden.

Im Bereich der Rentenversicherung gilt dies ohne Einschränkung für die Bediensteten, die dem im Jahre 1977 von der EWO übernommenen sog. Pensionssystem der koordinierten Organisationen angehören. Bedienstete, die dem früheren Versorgungsfonds angehören, können in diesem verbleiben, haben aber nach Artikel 3 Abs. 1 und 2 die Möglichkeit, der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung bis rückwirkend zum 14. Juni 1962 beizutreten. Wegen der Beitragszahlung für die Zeit vor Inkrafttreten des Abkommens nach Artikel 15 Satz 1 enthalten die Absätze 4 und 5 nähere Bestimmungen. Soweit noch keine Pflichtbeiträge entrichtet worden waren, können nach näherer Maßgabe des Absatzes 4 Satz 3 Pflichtbeiträge nur für die nach dem innerstaatlichen deutschen Recht vorgesehenen Zeit-

räume nachentrichtet werden. Für weiter zurückliegende Zeiten einer Beschäftigung bei der EWO in der Bundesrepublik Deutschland, frühestens vom 14. Juni 1962 an, bis zum Tag des Inkrafttretens des Abkommens können freiwillige Beiträge nachentrichtet werden. Die Bewertung der Beiträge erfolgt nach Absatz 5 Satz 5 auf einer kostengerechten Grundlage.

Für Bedienstete, die sich nicht für die Pflichtversicherung in der deutschen Rentenversicherung entscheiden, aber früher schon für Zeiten der Beschäftigung bei der EWO Beiträge entrichtet haben, enthält Absatz 6 ein Recht auf Rückforderung der Beiträge.

Artikel 4 enthält eine Klarstellung für das Recht auf freiwillige Versicherung in der deutschen Rentenversicherung.

Artikel 7 stellt sicher, daß nichtdeutsche Bedienstete der EWO wie deutsche Staatsangehörige die dort genannten Leistungen auch bei gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland erhalten.

Artikel 8 Abs. 1 bestimmt, daß für die Zeit vor Inkrafttreten des Abkommens bestimmte Beiträge nicht nachzuentrichten sind, es aber andererseits auch bei bisher entrichteten Beiträgen verbleibt.

Artikel 8 Abs. 2 enthält eine Regelung für das Zusammentreffen von Leistungen der deutschen Krankenversicherung oder Unfallversicherung mit Leistungen aus einer nach der Personalordnung der EWO vorgesehenen Versicherung.

Die Artikel 9 bis 12 enthalten Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens und über die Kündigung des Abkommens durch eine Vertragspartei.

Artikel 13 enthält eine Rechtsnachfolgeregelung, da die EWO als einheitliche Organisation an die Stelle der Europäischen Weltraumorganisationen ESRO und ELDO tritt.

Artikel 14 enthält die übliche Berlin-Klausel.

Artikel 15 regelt das Inkrafttreten des Abkommens.